

volles Zeichen gewertet Tags zuvor war in britischen Delegationskreisen bereits mit dem Beginn eines allgemeinen Kofferpackens gedroht worden.

In diese Wiener Oelgespräche platzten weitere Oelnachrichten aus dem benachbarten Balkan. Nicht von neuen Funden wurde berichtet, sondern von sowjetischen Beteiligungen.

Die erste Meldung kam aus Istanbul. Ursprünglich aber stammte sie aus Bukarest. Sie betraf die rumänischen Oelfelder. Und sie gab bekannt, daß die Russen den Bau einer Oelleitung von Ploesti nach dem rumänisch-bessarabischen Grenzfluß Pruth befohlen hätten. Auf der anderen Seite des Flusses seien Vorbereitungen erkennbar, um die Leitung auch auf russischem Gebiet weiterzuführen.

Die zweite Nachricht war weniger neuartig. Sie bestätigte eigentlich nur einen bestehenden Zustand. Daß nämlich die Russen jetzt völlig die galizischen Oelfelder beherrschten. Ein Sprecher des polnischen Wirtschaftsministeriums wies nochmals auf diese Tatsache hin. Um damit Polens berechtigten Ausgleichsanspruch auf die oberschlesischen Kohlenvorkommen noch einmal zu belegen.

Quo vadis, Truman?

Marshall's erster Schuß

Mark Twain, Amerikas großer Humorist, liebte eine burschikose Ausdrucksweise. Seine Frau konnte sich mit solchen Sitten nicht befreunden; um ihn davon zu heilen, überraschte sie ihn eines Tages, indem sie einen ganzen Strom profaner Worte nachäffte. Mark Twain war verblüfft. Aber dann lächelte er: „Du hast die Worte getroffen, liebe Olivia, aber nicht die Melodie.“

Diese Anekdote kredenzte ein amerikanischer Kongreßabgeordneter während der Debatte über Trumans Kredite für Griechenland und die Türkei. Er fügte hinzu: „Der Kongreß hat Trumans Worte, nicht aber seine Melodie begriffen. Er hat den Geldern zugestimmt, nicht aber der Doktrin.“

Die Debatte im Repräsentantenhaus war nach dem Bericht von Associated Press „hitzig, verwirrend und entzündlich.“ Die Zuhörer auf der Gallerie machten große Augen, als die Abgeordneten einander anschrien. Der Republikaner H. Bender aus Ohio rief: „Ihr gebt dem Volk dieses Landes etwas, das es nicht wünscht. Macht keinen Fehler — es führt zu einem dritten Weltkrieg!“ Der demokratische Abgeordnete von Massachusetts, MacCormack, schrie zurück: „Wenn ihr das Gesetz ablehnt, laßt ihr zu, daß eine Woge des Kommunismus ganz Europa und Asien überflutet und zuletzt die amerikanischen Küsten erreicht!“

Die Für-und-Wider-Trennungslinie lief quer durch die Fraktionen beider großen amerikanischen Parteien. Die Schlußabstimmung ergab jedoch eine große Mehrheit von 287:107 Stimmen für die Griechenland-Türkei-Kredite. Geringfügige Abweichungen zwischen der vom Senat und der vom Repräsentantenhaus angenommenen Fassung wurden angeglichen.

Die Truman-Kredite, dieser bedeutende Wendepunkt der neueren USA-Geschichte, sind damit von den Vertretern des amerikanischen Volkes angenommen worden. Ueber ein Dutzend Abänderungsanträge der Opposition wurden verworfen. Die Endfassung entspricht fast vollkommen der ursprünglichen Vorlage des Präsidenten. Aufgenommen wurde lediglich die Ergänzung Vandenberg's, daß die USA von



Amerikas Truman kegelt links

der Hilfe zurücktreten sollen, wenn der Weltsicherheitsrat sie für unnötig oder unerwünscht hält.

Die Weltöffentlichkeit bewegt indessen die Frage, welche Wege die Truman-Doktrin künftig einschlagen wird. Dean Acheson, einer der energischsten Anwälte der Truman-Vorlage, skizzierte kurz vor seinem Rücktritt als stellvertretender Außenminister die Perspektiven: eine konsequente Ausdehnung der USA-Anleihen auf alle demokratischen Länder, die hilfebedürftig sind. Im besonderen nannte er Deutschland und Japan, die „großen Werkstätten Europas und Asiens.“

Die „Times“ nennt seine Rede den „ersten Schuß in dem Feldzug Außenminister Marshall's“. Aber es werde ein langer Feldzug werden. „Es bestehen bereits heute Zeichen für einen wachsenden Widerstand des Kongresses gegen auswärtige Ausgaben. 5 Milliarden Dollar im Jahr würden diese Anleihen die Vereinigten Staaten kosten, schätzt Walter Lippmann.“

„Die große Frage bleibt, bis wie weit Truman und Marshall die USA führen können. Niemand weiß die Antwort.“ So läßt sich die „Sunday Times“ vernehmen.

Zinn-Regierungen

Bolivien neu legiert

Eine dumpfe Atmosphäre der Unruhe lastete über La Paz, der 3694 Meter über dem Meeresspiegel gelegenen Hauptstadt von Südamerikas Zinnrepublik Bolivien. Gerüchte über einen Umsturzplan kursierten unter den 200 000 Einwohnern, denen noch der Aufstand vom Juli vorigen Jahres in den Gliedern steckte. Zweitausend Tote und Verletzte waren der blutige Saldo der Revolte gewesen, die das Ende des totalitären Regimes von Gualberto Villarroel gebracht hatte.

Präsident Enrique Hertzog hatte rechtzeitig Wind von den Gerüchten bekommen. Der überaus gemäßigte 49jährige

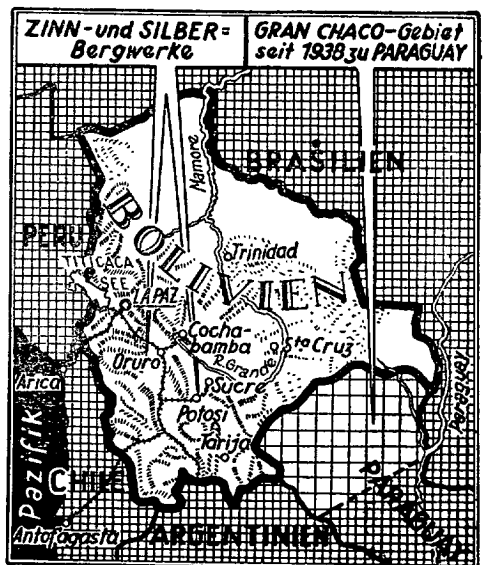
Arzt war erst am 9. März vom Kongreß zum Staatsoberhaupt proklamiert worden. Um seine junge Stellung zu halten, griff er sofort durch. Er ließ die gut organisierten Anhänger seines Amtsvorgängers Villarroel verhaften. Diese Organisation hatte versucht, gemeinsam mit Massenaufständen der Indianer den Präsidenten zu stürzen. Victor Andrade, früher bolivianischer Botschafter in den USA, und elf andere Prominente der Bewegung wurden festgenommen. Außerdem machte man viele Offiziere dingfest, die zu der im vorigen Jahre aufgelösten, als faschistisch bezeichneten „Santa-Cruz-Loge“ gehörten.

Das Kabinett zog aus der gespannten Lage die Konsequenzen. Es trat zurück. Für diesen Schritt soll aber auch die Unzufriedenheit der Bergarbeiter mit der sozialen Lage maßgebend gewesen sein. Präsident Hertzog hat Besprechungen über die Bildung einer neuen Regierung begonnen. Sie soll alle Parteien umfassen.

Im Dezember 1943 hatte Gualberto Villarroel, der Chef der nationalrevolutionären Bewegung, mit Hilfe junger Offiziere den Präsidenten Enrique Penaranda gestürzt. Das Ziel seiner nationalistischen Linksbewegung war der Kampf gegen den Einfluß des Industrie- und Finanzkapitals. Villarroels Regierung war eine der wenigen, die nicht im Solde der großen Zinnkönige vom Schlage Simon Patiños standen.

Patiño, ein Halbindianer, war ursprünglich Gehilfe in einem Kaufhaus. Er kaufte sich dann für 250 Dollar einen Anteil an einer Zinnmine. Nach Jahren des Schuftens wurde der Chollo Patiño Zinnkönig und war einer der fünf reichsten Männer der Erde. Er zog sich dann nach Europa zurück und dirigierte von Paris aus die bolivianische Politik, wählte Präsidenten aus und protegierte Minister. Während des Weltkrieges Nr. 2 nützte er die gute Konjunktur im Zinngeschäft. In der vergangenen Woche ist er im Plaza-Hotel in Buenos Aires als 86jähriger gestorben. Seine Ueberreste sollen in einem Mausoleum aus blauem Marmor, das auf der Anden-Hochfläche Boliviens steht, beigesetzt werden.

Präsident Villarroel regierte, wenn auch gegen das Großkapital, zu diktatorisch und zeigte Neigungen zum Faschismus. Am 12. März 1945 wurde auf ihn ein erfolgloses Attentat verübt. Dann brach im Juli 1946 ein Studentenaufstand aus, der Ströme von Blut kostete, aber erfolgreich war. Villarroel wurde dabei von seinen Gegnern kurzerhand an einer Laterne vor dem Regierungssitz aufgeknüpft.



Die neue Regierung versprach die Wiederherstellung aller Freiheiten für das Volk und Freilassung der politischen Gefangenen.

Enrique Hertzog, das neue Staatsoberhaupt der 1,3 Millionen Quadratkilometer großen Hochlandsrepublik, steht vor schweren Aufgaben. Seit 1939 haben sich die Lebenshaltungskosten für die dreieinhalb Millionen Einwohner (40 Prozent davon Indianer, 32 Prozent „Cholos“, Mischlinge, 19 Prozent Weiße und 9 Prozent Ausländer) verdreifacht.

Das schwierigste Problem aber bleibt das Zinn. Vier Fünftel des Staatseinkommens und zwei Drittel des Nationaleinkommens stammen aus den Zinnbergwerken. Seit Kriegsende hat die Nachfrage nach Zinn nachgelassen. In Malaya produzieren die Minen auch schon wieder. Boliviens Zinnkönige wollen daher alle weniger ertragreichen Bergwerke schließen. Die Arbeiter aber sind dagegen.

Die Regierung steht zwischen beiden und sucht zu vermitteln. Ein Lichtblick ist ein neues Wirtschaftsabkommen, das jetzt mit Argentinien abgeschlossen wurde.

Stern von Hawaii

Ein neuer USA-Bundesstaat

Die Fahnenfabrikanten in den Vereinigten Staaten freuen sich schon auf das große Geschäft. Zu den 48 Sternen im USA-Banner — für jeden der achtundvierzig Staaten der Union einer — sollen weitere hinzukommen. Drei Bewerber liegen in dem Rennen um die Ehre, der 49. Stern zu sein: das von hohen Schneebergen und tiefen Tälern durchzogene Alaska im Nordwesten des Kontinents, das sonnige Puertorico im Atlantik und die schöne Inselgruppe der Hawaiis im Stillen Ozean.

Das Tropenparadies sehen viele in diesen Inseln, auf denen leichtgeschürzte Hula-Hula-Mädchen zu den süßen Klängen einer weichen Musik singen und tanzen. Schlanke Palmen stehen an dem Strand von Waikiki. Frauen mit wunderbar tiefen Augen machen den Männern das Herz schwer und hängen ihnen Blumenketten um den Hals.

Hawaii ist ein Paradies. Aber dieses Paradies wird heute regiert von der Wirtschaft. Höher als die Gipfel elastischer Palmen ragen die Schornsteine von Zuckerfabriken. Und die Klänge der Gitarren werden übertönt von den Sirenen der Ananasfabriken. Weißes Gold und gelbes Gold. Zuckerrohr und Ananas, sind die Hauptprodukte der Inselgruppe. Weißes Gold und gelbes Gold verwandelten Naturmenschen, die in Grashütten lebten, in wohlhabende Aktionäre.

Das alte Paradies der Südsee ist verschwunden. Nur noch für die Touristen hat man einige Kulissen stehen lassen oder auch aufgebaut. Auf dem Paradeplatz von Honolulu lächelt von marmornem Sockel herab das Standbild von Hawaiis erstem König Kamehamea. Er trägt den alten Federhelm und Federmantel und blickt auf das Gewimmel moderner Kraftwagen, die über den Platz flitzen. Er blickt auf den dunkelhäutigen Verkehrspolizisten, der mit weitausholenden Bewegungen die Richtung freigibt.

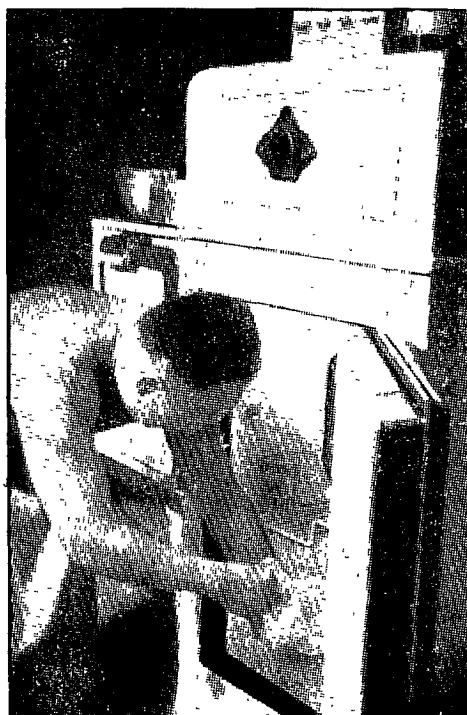
Hinter der Kulisse des romantischen Hawaii ist ein modernes Paradies entstanden. Der weiße Mann hat die braune Kultur vernichtet, um eine neue Kultur aufzubauen. Unter amerikanischem Protektorat leben hier die verschiedenen asiatischen, polynesischen und weißen Rassen einträchtig beieinander. Wie in den Staaten selbst, so haben auch hier die USA



Die Kulisse:
Hula-Hula für die Fremden

ihre kolonialisatorische Begabung gezeigt. Auf Hawaii gibt es kein Rassenproblem mehr. Jeder, der auf Hawaii geboren wird, ist automatisch amerikanischer Staatsbürger. Nur noch 13 Prozent der insgesamt 450 000 Einwohner der Inseln sind Hawaier, 40 Prozent sind japanischen Ursprungs, 20 Prozent kommen von den Philippinen, 8 Prozent sind Chinesen.

Politisch ist Hawaii seit April 1898 USA-Territorium. An der Spitze steht ein Gouverneur, der von Washington ernannt wird. Die USA haben lange gezögert, die Hawaii-Inseln zu annektieren. Seit 1826 versuchte das USA-Marineministerium, zu



Hinter der Kulisse:
Frühstück aus dem Eisschrank

einem Staatsvertrag mit Hawaii zu kommen. Das Interesse für die Eilande war jedoch in Amerika zunächst nicht sehr groß. Kamehamea hatte zu Beginn des 19. Jahrhunderts sein Königreich der Krone Englands angeboten. Hawaii sollte englisches Protektorat werden, Großbritannien sollte dafür die Inseln verteidigen. England lehnte dieses Angebot ab.

Auch Kamehamea ist ein Spiegelbild dieses verwandelten Paradieses. Als junger König sprang er im Lendenschurz über die Korallenbänke, die die Inseln umgeben und stach mit dem Speer Fische. Alt und schwach saß er mit Krawatte, steifem Kragen und Gehrock in seinem Arbeitszimmer und wartete vergebens darauf, daß Großbritannien sein Königreich annektierte.

Am 14. Februar hatte Präsident Truman in einer Botschaft an den Kongreß vorgeschlagen, Hawaii als neuen Bundesstaat aufzunehmen. Neun Mitglieder des Repräsentantenhauses und ein Senator hatten ähnliche Anträge eingebracht. Innenminister Julius Krug versprach im Thronsaal der früheren Könige von Hawaii, im Iolani-Palast in Honolulu, wo er kürzlich zu Besuch weilte, er werde sich im Kongreß dafür einsetzen, daß Hawaii nicht länger Territorium bleibe. Er hat sein Wort gehalten.

Andere begründen ihre Haltung damit, daß Hawaii in den fünfzig Jahren unter der Schutzherrschaft der USA die Lehren der Demokratie gründlich gelernt habe, jetzt seien die Hawaier fähig, die volle Verantwortung für sich selbst zu übernehmen. Außerdem sei Hawaii — wie Gouverneur Ingram M. Stainback erklärte — in der Lage, allen „wirtschaftlichen Anforderungen“ zu begegnen, die einem Bundesstaat der USA zufallen.

Raketen an Siams Himmel

Eine Bahn verfällt dem Dschungel

Frösche knallten um die hellhörigen Ohren Mr. Lis. Raketen stiegen zischend zum Himmel. Tausende säumten die Straßen, schrien und schwenkten Fahnen. Bangkok empfing den ersten Botschafter Chinas, Mr. Li Te Tseng.

Bisher hatte es noch keinen diplomatischen Vertreter Chinas in Siam gegeben. Die Regierung in Bangkok hatte es stets abgelehnt, einen offiziellen Abgesandten aus dem Reich der Mitte zu empfangen. Die starke chinesische Minderheit*) im Lande bereitete ohnehin schon Sorgen genug. Ihr noch weiter durch eine diplomatische Vertretung Chinas den Rücken zu stärken, spürte man keine Neigung.

Nun schickte Tschiangkaischek sogar gleich einen Botschafter. Die Chinesen im Lande jubelten. Die diplomatischen Vertreter der anderen Mächte, vor allem Englands und der USA, blickten sauer. Sie waren nur Gesandte und mußten die Vorrangstellung dem ersten und einzigen Botschafter in Bangkok überlassen. Die Regierungen in London und Washington hatten ein Einsehen. Aus dem britischen Gesandten Mr. Harrington Thomson wurde Seiner Majestät Botschafter. Seinem amerikanischen Kollegen wurde die gleiche Rangerhöhung zuteil.

Am Isthmus von Kra, an der schmalsten Stelle der malaischen Halbinsel, kriechen und verschlingen sich die Lianen ungehindert über der kurzen Querbahn. Während des Krieges schlugen Kriegsgefangene den Pfad durch den feberglühenden Dschungel und legten Schwellen und Schienen. Auf

*) Im siamesischen Innenministerium spricht man von 500 000, in Nanking von 2,5 Millionen Chinesen unter den 15 Millionen Einwohnern Siams.